

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **46 (1966-1967)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

KRISE IN BONN — RÜCKSCHLAG FÜR JOHNSON

Die latente innenpolitische Krise in der *Bundesrepublik Deutschland* ist in ein akutes Stadium getreten. Ähnlich wie vor vier Jahren haben die *Freien Demokraten*, die als Juniorpartner der CDU/CSU die Verantwortung im Kabinett Erhard mittragen, den Anstoß dazu geben. Die Parallele zu 1962 ist nicht zu übersehen: damals hatte sich die Regierung Adenauer in der «Spiegel»-Affäre auf politisches Glatteis begeben, und die FDP befürchtete, im Hinblick auf bevorstehende *Landtagswahlen* in Hessen und Bayern, in dem Sog der Unpopularität des Regierungskurses unterzugehen; diesmal befürchteten die Freien Demokraten, das unsicher gesteuerte Regierungsschiff Erhards werde früher oder später stranden, was in den wiederum bevorstehenden Regionalwahlen möglicherweise zu schweren Verlusten der FDP führen würde. Und erneut haben die Freien Demokraten den gleichen Schluß gezogen wie 1962 — sie sind aus der Bonner Regierung ausgetreten, um sich in Distanz zum Kurs des amtierenden Kabinetts zu stellen.

Glückloser Erhard

Damit erschöpft sich jedoch die Analogie zu 1962. Der Auszug der Freien Demokraten aus der Regierung Erhard hat diesmal nicht nur das Kabinett, sondern gleichzeitig auch den Kanzler gestürzt. Seit Monaten hat sich innerhalb der CDU/CSU selber ein Gewitter über Erhard zusammengebraut. Er war seinerzeit von der Christlich-Demokratischen Union, gegen den Rat Adenauers, zum Bundeskanzler gemacht worden, weil sich CDU wie FDP von ihm einen Erfolg in den Bundestagswahlen von 1965 versprochen. Dieser Wahlkampf ist denn auch völlig im Zeichen Erhards geführt worden. Der Kanzler wurde als «Vater des Wirtschaftswunders» und Begründer der deutschen Wohl-

standsgesellschaft gefeiert, selbst die FDP berief sich in ihren Werbeslogans auf Erhard. Der Triumph der Regierungskoalition am 19. September 1965 war ein persönlicher Erfolg des Kanzlers, der die in ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt hatte.

Heute, nur etwas mehr als ein Jahr später, steht Erhard vor dem Scherbenhaufen seiner Politik. Wendepunkt waren die Landtagswahlen von *Nordrhein-Westfalen* am 10. Juli 1966, die der CDU im größten Bundesland Westdeutschlands schwere Verluste gebracht und sie beinahe aus der Regierung in Düsseldorf verdrängt hätten. Plötzlich schien die «Wahllokomotive» Erhard ihre Zugkraft verloren zu haben. Mit überstürzter Eile bemühte sich die CDU, sich von Erhard, den sie noch im März dieses Jahres zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt hatte, wieder zu trennen. Eine Reihe schwerer innenpolitischer *Rückschläge* trieb die Entwicklung voran. Die Affäre um den «Starfighter» führte zu einer Vertrauenskrise in der obersten Bundeswehrführung; mehrere Generäle, darunter der Luftwaffeninspekteur und der Generalinspekteur der Bundeswehr, traten von ihren Posten zurück; die Position Bundesverteidigungsminister *v. Hassels* geriet ins Wanken. Bei seinen Washingtoner Verhandlungen Ende September vermochte Erhard keine Lockerung in den Verpflichtungen zum vollen Devisenausgleich gegenüber den USA zu erreichen. Damit war aber auch das Budget bedroht, an dem FDP-Finanzminister *Dahlgrün* monatelang herumlaborierte, ohne daß es ihm gelungen wäre, Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Innerhalb der CDU nahm die Bewegung, die auf eine Ablösung Erhards drängte, geradezu bestürzende Ausmaße an — ein Prozeß der inneren Selbstzerfleischung setzte ein, der schließlich geradezu die Existenz der Partei zu bedrohen begann.

FDP zwischen Absprung und Umfall

Die Krise brach schließlich im *Streit um den Etat* aus. Nachdem die FDP sich zunächst gegen jede Korrektur des Budgets durch Steuererhöhungen gewandt hatte, stimmten in der Kabinettsitzung vom 26. Oktober die FDP-Minister einer Kompromißlösung zu, die ein Weiterbestehen der Koalition mit der CDU ermöglicht hätte. Schon am folgenden Tag wurden die Minister jedoch von der Fraktion desavouiert, die — aufgeschreckt durch eine harte Kritik der Öffentlichkeit — die vier FDP-Minister anwies, aus der Regierung auszutreten.

Der Entscheid der FDP war im wesentlichen mitbestimmt von der Furcht, erneut des «Umfallens» bezichtigt zu werden. Seit vor fünf Jahren, nach der Bundestagswahl von 1961, Parteiführer *Erich Mende* voreilig angekündigt hatte, die Freien Demokraten würden sich niemals an einer Regierung unter Adenauer beteiligen, und nachher doch FDP-Minister in das Kabinett eingezogen waren, wird die Partei von einem «Umfall»-Komplex beherrscht, der zeitweise zu hektischen Entschlüssen führt. Diese «Umfall»-Neurose, zusammen mit der Überlegung, nun sei der letzte Augenblick gekommen, um sich noch vor den Urnengängen in Hessen und Bayern von der Mitverantwortung an der Bonner Krise zu distanzieren, bestimmten den Entschluß der Partei zur Aufkündigung der Koalition. Im Entscheid zwischen Absprung und Umfall hatte die FDP den Bruch mit der CDU dem Einlenken vorgezogen.

Das Ende der Ära Erhard

Die CDU zog aus der neuen Lage ebenfalls sofort die Konsequenzen. Auf Erhard, der zunächst angekündigt hatte, er werde seine Regierung als *Minderheitskabinett* weiterführen, wurde stärkster Druck ausgeübt, um ihn zum Verzicht auf das Kanzleramt zu bewegen. Erhard resignierte rasch und gab der Fraktion den Weg frei, sich einen neuen Kanzlerkandidaten zu wählen. Am 10. November entschieden sich CDU und CSU für den baden-württembergischen Ministerprä-

sidenten *Kurt Georg Kiesinger*. Er erhielt von der Partei den Auftrag, als eine Art designierter Regierungschef Bemühungen zur Erreichung einer neuen parlamentarischen Basis für eine weiter von der CDU geführte Regierung einzuleiten.

Kiesingers Wahl bedeutete zunächst einen Triumph für den Vorsitzenden der bayrischen CSU, *Franz Josef Strauß*. In kluger taktischer Berechnung hatte sich Strauß aus der direkten Verwicklung in die Bonner Nachfolgestreitigkeiten herausgehalten. Er begnügte sich damit, seinem unmittelbaren Rivalen *Schröder* den Weg ins Palais Schaumburg zu versperren und warf deshalb das Gewicht der CSU zugunsten Kiesingers in die Waagschale. Kiesinger hat diesen Sakkurs bereits honoriert, indem er in einer Ansprache am Deutschlandtag der Jungen Union in Würzburg ankündigte, in seinem Kabinett werde Strauß einen wichtigen Ministerposten erhalten.

Kombinationen um Koalitionen

Für Kiesinger begann der schwierigste Teil seiner Arbeit erst nach der Wahl zum Kanzlerkandidaten. Der CDU/CSU fehlen im Bundestag zwar nur vier Sitze zur absoluten Mehrheit, aber eine ausreichende Grundlage für ein neues Kabinett kann Kiesinger nur in Verhandlungen mit den beiden andern im Bonner Parlament vertretenen Parteien erreichen. Als naheliegendste Lösung bot sich eine *Weiterführung der Kleinen Koalition* mit den Freien Demokraten an. Kiesinger hat bisher mit einer solchen Koalition auch in Baden-Württemberg regiert.

Die Freien Demokraten weigerten sich jedoch zunächst, sich auf ein erneutes Zusammenarbeiten mit der CDU festzulegen. Sie beriefen ihre Führungsgremien nach *Nürnberg*, wo sie ein Programm ausarbeiteten, das in zahlreichen Punkten, vor allem in der *Deutschlandpolitik*, mit sozialdemokratischen Auffassungen übereinstimmte oder ihnen zumindest stark entgegenkam. Im Bundestag unterstützten die Freien Demokraten einen SPD-Antrag, der verlangte, Erhard sollte im Parlament die *Vertrauensfrage* stellen. Der Kanzler wurde so von

einer geschlossenen Front der FDP und der SPD in Minderheit versetzt.

Die Umriss einer «Mini-Koalition» der Freien Demokraten und der Sozialdemokraten zeichneten sich ab.

Debakel der FDP bei den Landtagswahlen

Inzwischen zeigte es sich jedoch, daß die Spekulation der FDP, durch ihren Rückzug aus der Bonner Regierung erfolgreich auf den Verlauf der Landtagswahlen in *Hessen* und *Bayern* einzuwirken, fehlgeschlagen war. In beiden Ländern erlitten die Freien Demokraten Verluste; in Bayern wurden sie sogar aus dem Parlament verdrängt. Die Christlich-Demokratische Union vermochte sich in Hessen bei einem leichten Stimmenrückgang zu behaupten; die bayrische CSU hingegen erfocht bei den Landtagswahlen einen geradezu überwältigenden Sieg, der ihre Position bei den weiteren Koalitionsverhandlungen in Bonn stärken dürfte. Als *bedenkliche Nebenerscheinung* dieser im Zeichen der Bonner Misere ausgetragenen Regionalwahlen muß das erfolgreiche Abschneiden der rechtsradikalen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) gewertet werden. Sowohl in Wiesbaden wie in München werden NPD-Leute in den Landtag einziehen. Der Erfolg dieser Gruppe, die noch vor einem Jahr bei den Bundestagswahlen weit unter der 5-Prozent-Marke rangierte, ist zwar noch keineswegs alarmierend, aber doch ein bezeichnendes Symptom dafür, welche Schlüsse eine ganze Reihe deutscher Wähler aus den jüngsten Vorgängen in Bonn ziehen. Der Vormarsch der NPD dürfte seinen Einfluß auch auf die weiteren Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene ausüben und die Parteien zu raschen und klaren Entscheidungen zwingen.

Vormarsch der Republikaner in den USA

Die Ereignisse in Deutschland überschatten das Geschehen der letzten Wochen. Sie haben auch die *amerikanischen Wahlen* vom 8. November in den Hintergrund gedrängt, in denen die Republikaner eine Reihe eindrucklicher Erfolge erzielten. In dem zu

einem Drittel erneuerten *Senat* verloren die Demokraten drei Sitze und stellen damit nur noch 64 Senatoren gegenüber 36 Republikanern. Schwerer waren die Verluste bei den Gouverneurswahlen und den Wahlen zum *Repräsentantenhaus*. Hier erzielten die Republikaner 47 Gewinne und steigerten die Zahl ihrer Abgeordneten auf 187; die Demokraten gingen von 295 auf 248 Sitze zurück.

Der Pendelschlag nach der einen oder anderen Seite gehört zwar zu den natürlichen Erscheinungen amerikanischer Wahlen. Vor zwei Jahren haben im Zeichen *Goldwaters* die Republikaner eine schwere Niederlage errungen. Heute hat sich das wieder ausgeglichen. Aber die Korrektur ist doch so deutlich ausgefallen, daß Johnson, der üblicherweise zu optimistischer Interpretation von Wahlergebnissen neigt, in einem Kommentar zu den Wahlergebnissen unumwunden zugab, die republikanischen Gewinne gingen über seine Erwartungen hinaus.

Man wird den Ausgang dieser Wahlen nicht dramatisieren dürfen. Selbst so spektakuläre Erfolge wie jene des politisch rechtsaußen stehenden Schauspielers *Ronald Reagan* zum Gouverneur in Kalifornien oder die Wahl von *Lurleen Wallace* — der Gattin des Rassenfanatikers — zum neuen Gouverneur von Alabama, fallen im gesamten genommen kaum entscheidend ins Gewicht. Vor allem auf die künftige Gestaltung der *Außenpolitik* Johnsons dürften die Wahlen kaum einen Einfluß haben. Vietnam spielte im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle. Gravierender sind die Wirkungen auf Johnsons *Innenpolitik*. Hier wird der Kurs des Präsidenten durch den republikanischen Erfolg wirkungsvoll gebremst. Johnson wird zu einer temperierten Gangart gezwungen. Eine eigentliche Alternative zu Johnsons *Great Society* werden die Republikaner jedoch kaum anstreben. So liegt die Bedeutung dieser Mid-term-Wahlen vor allem darin, daß gegen die Administration Johnson im Parlament ein Gegengewicht geschaffen wird. Der 90. Kongreß wird für den Präsidenten nicht mehr so leicht zu handhaben sein wie sein Vorgänger.

Fabius

PARISER CHRONIK

Die Affäre Ben Barka — ein großer Prozeß in der Schwebe

Nach fünf Monaten zum Teil dramatischer Verhandlungen hat der Prozeß gegen die Entführer des marokkanischen Oppositionsführers Ben Barka mit einem Theaterstreich seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Trotz der Vertagung geht aber die Affäre weiter. Ahmed Dlimi, der Leiter des marokkanischen Sicherheitsdienstes, hat sich in Paris den französischen Justizbehörden gestellt, während in Rabat Hassan II. seinen Informationsminister, den Advokaten Hajid Denjelloun, ermächtigte, im Verein mit seinen Pariser Kollegen die Verteidigung Dlimis zu übernehmen, welcher der Teilnahme an der Entführung Ben Barkas angeklagt ist. König Hassan hat Wert darauf gelegt, Dlimi am gleichen Tag, an dem dieser das Flugzeug nach Frankreich bestieg, öffentlich seine Anerkennung auszusprechen und die unverzügliche Beförderung seines «ehrenwerten Mitbürgers» zum Oberstleutnant der königlichen Armee bekanntzugeben. Ergänzend wäre noch zu sagen, daß die Verteidiger Ahmed Dlimis seit dessen Ankunft in Paris, wo er gegenwärtig in Haft ist, eine Verfahrensfrage um die andere aufwerfen, mit dem Ziel, die amtliche Freilassung ihres Klienten zu erreichen.

Seit der Eröffnung des Prozesses fragen sich die Franzosen, die bisher geglaubt hatten, unter der Autorität eines starken Regimes zu leben, ob diese ihre Überzeugung, angesichts der Irrungen und Wirrungen der Skandalaffäre, nicht fraglich geworden ist.

Betrachten wir einmal die Tatsachen. Letztes Jahr wurde ein ausländischer Politiker von internationalem Ruf, der in Paris mit Vertretern der Rechten und der Linken rege Kontakte unterhielt, am helllichten Tag, auf einem der belebtesten Plätze der Hauptstadt entführt, ohne daß die Polizei sich vor Ablauf von achtundvierzig Stunden des Falles angenommen hätte. Und was noch erstaunlicher ist: Der Innenminister des Landes, aus dem jener Politiker stammt, sowie sein Adjunkt, der Chef des Sicher-

heitsdienstes in Rabat, konnten auf französischem Territorium konspirative Treffen organisieren, die durch Mitwisser auf seltsame Art gedeckt wurden. Es steht fest, daß äußerst zweifelhafte Individuen, denen der Ruf von Landstreichern und gedungenen Mördern anhaftet, an diesen mehr oder weniger geheimen Zusammenkünften teilgenommen haben, und daß sie in Paris unter der direkten Leitung des marokkanischen Innenministers handelten, ohne im mindesten behelligt zu werden. Alles, was die Öffentlichkeit über das Los des unglücklichen Ben Barka erfahren hat, ist, daß die bisher unternommenen Nachforschungen nach seinem Aufenthalt zu keinem Ergebnis geführt haben. Seine Person — oder sein Leichnam — hat sich sozusagen in Nacht und Nebel aufgelöst, wie wenn die betroffenen Regierungen keine andere Sorge gehabt hätten, als eine so düstere Affäre möglichst zu vertuschen.

Die unerwartete Ankunft eines der Hauptangeschuldigten, des Leiters des marokkanischen Sicherheitsdienstes, in Paris, deutet auf einen wohlüberlegten Plan hin, an dem König Hassan bestimmt nicht unbeteiligt ist. Ahmed Dlimi hat sich der französischen Justiz gestellt, um, wie er sagt, die Ehre seines Landes reinzuwaschen. Man empfindet Hemmungen, sich gegen einen Gefangenen zu äußern, doch wir möchten hier nur seinen Fall näher beleuchten und ihn, losgelöst von den klingenden Reden betrachten, durch die er in seinen Grundlagen verfälscht wird. Fragt man sich nach der eigentlichen Bedeutung der Ereignisse, so muß man zunächst feststellen, daß der Angeklagte sich gleich zu Anfang hinter Verfahrensfragen verschanzt hat, ohne irgendeine Erklärung der wahren Zusammenhänge zu bieten. Kaum war er hinter Schloß und Riegel, als auch schon einer seiner Verteidiger, François Gibault, mitteilte, sein Klient habe Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt, was zur unmittelbaren Folge hatte, daß

die ganze Prozedur abgebrochen und der Prozeß sine die vertagt werden mußte. Der König von Marokko kann sich also rühmen, den Lauf der französischen Justiz aufgehalten und einen Zeitgewinn erzielt zu haben. Die Frage stellt sich nun, ob er über neue Argumente verfügt, um die Unschuld seines Landsmannes zu beweisen, mit dessen Rolle im Verlauf der ganzen Angelegenheit jene des marokkanischen Innenministers, General Oufkir, eng verknüpft ist. Dieser ehemalige Offizier der französischen Armee, der 1944 beim Einzug der Alliierten in Rom Fähnrich eines Tirailleur-Regimentes war, erscheint nicht weniger kompromittiert als Ahmed Dlimi. Er war am Tage der Entführung Ben Barkas in Paris anwesend, stand mit einigen zweifelhaften Komparsen, die heute flüchtig sind, in Verbindung und dürfte wohl ebenfalls an der ganzen Aktion teilgenommen haben

Die Krise der französisch-marokkanischen Beziehungen, welche durch die Winkelzüge der Geheimdienste ausgelöst wurde, scheint gegenwärtig abgeflaut zu sein, doch hat sie in der Öffentlichkeit ein Gefühl der Beunruhigung und der Verwirrung hinterlassen. Wie könnte auch die öffentliche Meinung dieses beängstigende Schattenspiel mit Scheingründen und entstellten Wahrheiten, durch welches die staatliche Macht beschmutzt und in Mißkredit gebracht wird, ohne Entrüstung hinnehmen?

Die Hintergründe der Entführung

Welches waren die wirklichen Hintergründe der Entführung Ben Barkas? Man kann heute einige Vermutungen anstellen, die sich zwar nicht formell beweisen lassen, die aber doch das Bild Ben Barkas aufhellen. Seine Rolle innerhalb der dritten Welt erklärt vielleicht das Geheimnis seines tragischen Geschicks, erscheint es doch völlig unglaubhaft, daß er bloß deshalb ermordet worden wäre, weil er ein einflußreiches Mitglied der marokkanischen Opposition war. Man hat von der Feindschaft des Königs gegen Ben Barka gesprochen, welcher dem Monarchen in seiner Jugend Mathematikunterricht erteilt

hatte. Wir möchten uns nicht bei diesen einfältigen Nebensächlichkeiten aufhalten, sondern zum Kern der Sache kommen, nämlich zur Rolle des Politikers, des hartnäckigen Kämpfers, der jahrelang eine große internationale Verantwortung getragen hat. Tatsächlich entfaltete er seine Tätigkeit auf der afro-asiatischen Ebene und wurde aufgrund dieser Tätigkeit 1963 zum Vizepräsidenten der von den Staaten der dritten Welt in Tanganjika unter dem Namen Solidaritätsfonds gegründeten Organisation ernannt. Trotz dem damals schon virulenten Gegensatz zwischen den beiden Hauptgeldgebern des Fonds, Rußland und China, bemühte sich Ben Barka mit Erfolg, das Vertrauen sowohl der Russen als auch der Chinesen zu gewinnen. Da es aber vor allem darauf ankam, die Einheit der Parteien im Namen der kommunistischen Internationale zu wahren, kämpfte er unerschütterlich für diese Einheit, obwohl er gesinnungsmäßig eher Peking zugeneigt hätte.

Sein Tätigkeitsbereich umfaßte den mittleren Osten, das schwarze und das weiße Afrika, die lateinamerikanischen Staaten und einen Teil Asiens. Damit ist auch gesagt, wie groß sein Anteil an der Organisation und der finanziellen Unterstützung der Guerillaoperationen in all diesen Ländern war. Es war bekannt, daß er in Genf, wo er sich gelegentlich aufhielt, die Mittel für die Unterstützung aller Aufstandsbewegungen verteilte, welche in den letzten zehn Jahren auf der ganzen Welt ausgebrochen sind. Ein waghalsiges und heikles Unternehmen, denn die Meinungsverschiedenheiten zwischen kommunistischen Delegierten verursachten häufige Gegensätze, die Ben Barka jeweils zu schlichten hatte.

Annäherung König Hassans an Ben Barka

Diese ausgedehnte Tätigkeit, die allen Regierungen bekannt war, machte den marokkanischen Oppositionsführer zu einer beunruhigenden Gestalt. Hassan II., der ihn sehr gut kannte, konnte sich leicht ausrechnen, welcher Glücksfall es für ihn sein würde, wenn es ihm gelänge, Ben Barka

zurückzugewinnen und in der Folge vielleicht gar in seine Politik einzuspannen. In seiner realistischen Denkweise faßte der junge Monarch den Plan, Ben Barka die Beteiligung an der marokkanischen Regierung anzubieten, und er hoffte damit, sein Ansehen bei der UNFP (Union Nationale des Forces Populaires), die sich gegenüber dem königlichen Palast ziemlich widerspenstig zeigte, zu festigen. Hier liegt unseres Erachtens der springende Punkt, wo die ganze Angelegenheit eine unheilvolle Wendung genommen hat. Wer vermöchte zu glauben, daß Ben Barka, ein notorischer Marxist, der sich seiner Überzeugungen rühmte, gleichzeitig subversive Treffen präsidieren (er war kurz vorher zum Vertreter der dritten Welt an der Konferenz von Havanna ernannt worden) und Minister Seiner scherifischen Majestät sein konnte? Man glaubt zu wissen, daß er zwar das königliche Angebot zunächst verlockend fand, dann aber die Entscheidung hinauszögerte und sich seine Stellungnahme bis nach der Konferenz von Havanna vorbehielt. Sogleich erhoben die alten Kaide des Maghsen (Polizei-, Steuer- und Verwaltungsbeamte der marokkanischen Regierung — Red.), die reichen Notabeln von Fez und Rabat, welche die marokkanische Rechte bilden, ihr Haupt. Sie wähten die Gefahr gebannt und atmeten auf!

Das Regime mußte sich seinerseits sagen, daß es, sofern es ihm gelingen würde, Ben Barkas habhaft zu werden, auch die Hand auf seine Archive und auf jene besonders aufschlußreichen Dokumente legen könnte, die seine persönlichen Beziehungen und diejenigen einiger seiner politischen Freunde zu den kommunistischen Führern in der ganzen Welt belegen. Die Erfüllung dieser Aufgabe oblag dem marokkanischen Innenminister, General Oufkir, und man darf annehmen, daß er sich ihrer mit Diskretion und zur vollen Zufriedenheit der Regierung von Rabat entledigt hätte. Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre daher Mehdi Ben Barka noch am Leben, wenn die Affäre, die in Paris von ein paar Marokkanern in geheimer Zusammenarbeit mit, wie General de Gaulle sich ausdrückte, «vulgären und

subalternen» französischen Agenten organisiert wurde, sich nicht in ein Labyrinth zweifelhafter Polizeioperationen verirrt hätte.

König Hassan ist seit der Eröffnung des Prozesses nicht müde geworden zu wiederholen, «daß die Angelegenheit zwischen ihm und de Gaulle geregelt würde». Das war so lange glaubhaft, bis seine lebhafteste Verbitterung gegen gewisse französische Behörden ihn veranlaßte, plötzlich selber die Brücken abzubrechen. Heute wirft er dem französischen Staatsoberhaupt offen vor, die Bestimmungen der französisch-marokkanischen Verträge zu verletzen. Sein Spott richtet sich sogar gegen François Mauriac, den unermüdlichen Lobsänger des Regimes, dessen empfindsames Gemüt wie «ein blökendes Lamm» über das — hoffentlich vorübergehende — französisch-marokkanische Zerwürfnis in Aufregung gerate.

Das Schwurgerichtsverfahren, das im Frühling wieder eröffnet werden soll und das ebenso leidenschaftlich zu werden verspricht wie der erste Prozeß, wird eine neue Phase der Auseinandersetzung zwischen Wahrheit und Staatsraison einleiten. Es war von Anfang an offenkundig, daß die Staatsraison die Feststellung der Wahrheit hintertrieben hat. Ein schönes Thema für die Star-Advokaten, die es gewiss nicht versäumen werden, die Verantwortlichen auf allen Stufen der staatlichen Gewalt bloßzustellen. Inzwischen hofft man allgemein, daß die Justiz, deren Lauf während der Verhandlungen ständig aufgehalten wurde, schließlich das Zusammenspiel zwischen offiziellen Polizeibeamten und abgebrühten Verbrechern hintertreiben wird.

Die Wette General de Gaulles

«Frankreich erlebt kein Drama», hat General de Gaulle zur Eröffnung seiner Pressekonferenz vom 29. Oktober erklärt. Nach dieser diskreten, aber jedermann verständlichen Anspielung auf die schwebende Angelegenheit, hat er sich ohne Verzug seinen Hauptanliegen zugewandt und die französische Innen- und Außenpolitik behandelt.

Dabei hat er sich vor allem in doktrinären Ausführungen ergangen, nicht nur weil er, wie gewohnt, den störenden Realitäten auswich, sondern vor allem, weil er seine Überlegungen ständig ins Licht historischer Zusammenhänge rückte. Indem er geflissentlich über gewisse konkrete Tatsachen hinwegsah, hat er nur bei einem Teil seiner Zuhörer uneingeschränkte Zustimmung gefunden, während die andern sich erstaunt, ja irritiert zeigten. Die französische Politik, sagte er unter anderem, wird nicht am Börsenring gemacht, und das ist offenkundig; doch wer würde zu bestreiten wagen, daß die Börse nun einmal existiert und die Ersparnisse einer großen Zahl von Franzosen von ihr abhängen? General de Gaulle scheint entschlossen, die Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbessern und sie an den Gewinnen der Unternehmen zu beteiligen — zuerst aber müssen die Voraussetzungen für diesen Fortschritt geschaffen werden. Da die Gewinne der Unternehmen notwendigerweise ungleich sind, fragt man sich, ob diese Gewinne nach der Meinung de Gaulles — oder seiner Ratgeber — ausschließlich auf der Stufe des Einzelunternehmens oder auf der nationalen Ebene berechnet werden sollen. Es ist bedauerlich, daß sich der General hierüber nicht näher geäußert hat, denn man müßte schon ein großer Optimist sein, um nicht hinter diesen zweideutigen Formeln die Marksteine einer dirigistischen Politik zu sehen, jener besonderen Ausprägung des Sozialismus, die man als Staatskapitalismus bezeichnet.

De Gaulles Zukunftsvisionen

Nichts Neues brachte das apokalyptische Weltbild, das der General in großen, kräftigen und sicheren Zügen vor seinen Zuhörern im Elysée entwarf. Er sprach zuerst von Deutschland und Amerika, dann von der Sechsergemeinschaft, schließlich von Europa. In bezug auf das Kapitel Deutschland richtet sich die Kritik des Generals vor allem gegen die Politik Erhards, der er die Politik Adenauers gegenüberstellt, mit dem er 1963 den deutsch-französischen Vertrag abschloß. Jedermann weiß, daß de Gaulle sich nicht

damit abfinden kann, daß Bonn, vor die Wahl zwischen den USA und Frankreich gestellt, sich nicht eindeutig für Frankreich entschieden hat. In seinen Augen ist das ein unverzeihlicher Fehler. Bezüglich der Sechsergemeinschaft hat er ebenso unmißverständlich seiner Verachtung für jede Form von Supranationalität Ausdruck gegeben und einmal mehr die «außenpolitische Unterwerfung» Großbritanniens unter die Vereinigten Staaten gebrandmarkt. Die Wahrheit ist, daß er dem «großen Inselvolk», wie er es nennt, das Nassauer Abkommen zwischen Macmillan und Präsident Kennedy nie vergeben hat.

Es wurde mit Befriedigung vermerkt, daß der General, zum Kapitel der Innenpolitik übergehend, auf die Gefahren hinwies, denen sich Frankreich durch eine Rückkehr zu den Gewohnheiten der Vierten Republik aussetzen würde. Im Verlaufe seines langen Exposés rief jene Stelle eine der stärksten Reaktionen hervor, die sich auf die Wahlaussichten für den kommenden März bezog. Hier trat an die Stelle des gutmütigen Tons, in dem er sich bisher geäußert hatte, eine unverblümete Warnung an die Adresse der Wähler, für den Fall, daß der Urnengang nicht die Bildung einer kohärenten und stabilen gaullistischen Mehrheit begünstigen sollte. Das Land weiß nun, daß der Präsident der Republik nicht nur die Macht besitzt, das Parlament aufzulösen, sondern auch entschlossen ist, davon Gebrauch zu machen, ungeachtet der Erfahrung, daß die Auflösung meist eine dem angestrebten Ziel entgegengesetzte Wirkung zeitigt. Gestützt auf die außerordentlichen Vollmachten, die ihm die Verfassung zubilligt, wird das Staatsoberhaupt daher nicht zögern, sich auf den berühmten Artikel «16» zu berufen und mit Hilfe dieses äußersten Mittels zu regieren. Das wäre das Vorspiel zu einer «römischen Diktatur», mit allen Gefahren und Ungewißheiten, die eine solche Diktatur mit sich bringt. Viele denken, daß dieser Fall, sofern er eintreten sollte, dem französischen Staatschef nicht ungelegen käme, scheint er doch entschlossen, seinen Kampf bis zur Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten weiterzuführen.

Man mag darüber zugleich Furcht und Bewunderung empfinden. Doch was soll nachher kommen?... Das ist die Frage, die Sirius in *Le Monde* stellt (30. Oktober 1966).

Das antiamerikanische Vorurteil

Man gerät offengestanden in Verlegenheit, wenn man darauf hinweisen muß, mit welcher Selbstgefälligkeit das Beispiel Frankreichs während der ganzen Pressekonferenz der Welt vor Augen gehalten wurde. Nachdem er sein Werk gerühmt hatte, legte der General einmal mehr die französische Haltung zur Politik der USA dar. Die durch zwei Weltkriege hervorgerufene Schwächung Frankreichs schien zunächst den «Vorkämpfern der Selbstpreisgabe» recht zu geben. Mit dieser Artigkeit gedachte er vermutlich der Unterzeichner des Römer Vertrags, der, wie man weiß, das Fundament zum Atlantikpakt gelegt hat. Doch der General, der an der Abfassung dieses Vertrags keinen Anteil hatte, hat ihn sozusagen von Anfang an abgelehnt. Daher sein lebhafter Tadel an die Adresse jener, die sich heute damit einverstanden erklären, daß Frankreich seine Verteidigung auf der NATO, seine Geldpolitik auf den Washingtoner Grundsätzen aufbaut, kurz, sich ganz auf die Organisation der Vereinten Nationen ausrichtet. Zwar hat er die Nützlichkeit dieser internationalen Organisation nicht bestritten, doch sind seiner Auffassung nach solche Gebilde, in denen die vielseitige Hilfe Amerikas vorherrscht, nichts anderes als ein nützlicher Deckmantel für die Hegemonie der Vereinigten Staaten. Der General schloß seine Philippika mit dem vernichtenden Urteil: wenn Frankreich sich dieser Hegemonie unterwerfen sollte, so würde es, ein Opfer seiner Illusionen, über kurz oder lang in Gefahr stehen, zu verschwinden.

Es ist leicht einzusehen, daß solche Redensarten die Öffentlichkeit lebhaft beunruhigen. Sie enttäuschen vor allem jene, die nicht in den Reihen der Gaullisten marschieren und die darin ein ungerechtes Vorurteil gegen die USA bestätigt finden. Wir wissen jetzt, daß de Gaulle bis zum Ende seinen Weg verfolgen wird, der ihn mehr

und mehr von dem entfernt, was zur Zeit eines Robert Schuman, eines Coty und eines Pinay eine wahrhafte Gemeinschaft war.

Die Wandlung in den Ost-West-Beziehungen

Der Gegensatz, der zu Stalins Zeiten zwischen dem liberalen und dem kommunistischen Europa herrschte, verringert sich zusehends. In dieser Beziehung muß man der gaullistischen Diplomatie, die viel zur Annäherung der beiden Lager beigetragen hat, Gerechtigkeit widerfahren lassen, wiewohl die deutsche Wiedervereinigung immer noch in weiter Ferne steht. Die Kremlgewaltigen bleiben in dieser Frage unnachgiebig und verweigern jede Konzession, was sie auch General de Gaulle während der Moskauer Gespräche ohne Umschweife erklärt haben (siehe Schweizer Monatshefte, August 1966, S. 451).

Diese Haltung der sowjetischen Regierung ist umso erstaunlicher, als man anderseits weiß, daß die Außenpolitik der UdSSR gegenüber Amerika in Fluß geraten ist und sich damit auch ein schrittweiser Wandel in den internationalen Beziehungen anbahnt. Die bevorstehende Eröffnung einer direkten Flugverbindung zwischen Rußland und Amerika, die kurz nach jener der Luftlinie Moskau-Montreal erfolgt, zeugt von dem Wunsche der Sowjets, ihre Beziehungen zum amerikanischen Kontinent auszubauen, mit andern Worten, Ural und Atlantik einander näher zu bringen... Es ist daher nicht unlogisch, wenn die USA ihre direkte diplomatische Aktivität gegenüber der Sowjetunion durch die Ankündigung eines stufenweisen Abbaus ihrer in Europa stationierten Streitkräfte ergänzen. Die NATO, die seinerzeit als Verteidigungsinstrument gegen die russisch-kommunistische Gefahr geschaffen wurde, ist dadurch im Begriffe, ihren Daseinsgrund zu verlieren.

Diese offenkundigen Wahrheiten bedürfen keines Kommentars. Was die vierzehnte Pressekonferenz General de Gaulles kennzeichnet, was mehr als einen der zwölfhundert im Elysée versammelten Journalisten enttäuscht hat, das sind nicht so sehr

die zuweilen anfechtbaren, immer aber auf einem hohen Niveau vorgetragenen Gedankengänge des Generals, als vielmehr das Napoleonische seines Tons, seiner Sprache, seiner Haltung, das jedesmal hervortritt, wenn er weltpolitische Fragen behandelt. Viele verhehlen nicht ihren Ärger über die Art und Weise, wie er, ohne Rücksicht auf Frankreichs Alliierte, die doch soviel zum Siege beigetragen haben, eigensinnig entscheidet, «was für Europa gut ist und was nicht».

Während er für die anderen nur Strenge übrig hat, zögert de Gaulle nicht, sich selbst auf allen Gebieten die besten Zensuren auszuteilen, vor allem in der Außenpolitik, die ja bekanntlich seine Lieblingsdomäne ist. Ist es aber nicht eine summarische Vereinfachung, wenn er die Ursachen des Vietnamkonflikts in der amerikanischen Intervention erblickt und dabei die Operationen, die das kommunistische China in Südostasien ausgelöst hat, mit Schweigen übergeht? Kann man angesichts der letzten

Atomexperimente, welche heute das große Ereignis im Fernen Osten bilden, am Eroberungswillen dieses Landes zweifeln? Gerade diese Neuigkeit wurde vom französischen Radio und Fernsehen mit einer Flut dithyrambischer Sendungen verbreitet, als ob der chinesische Erfolg für die westliche Welt ein besonderer Anlaß zur Freude wäre. Man muß sich doch fragen, ob es dem Frieden in Europa dienlich ist, daß Frankreich sich auf die Seite Moskaus, Pekings und Hanois schlägt und der französische Staatschef entschlossen jenes einsame und opportunistische Spiel mit Moskau weiterführt, das er im vergangenen Juni in Rußland mit den Kremlführern angebahnt hat. Wenn diese Führer nächsten Frühling, kurz vor den Parlamentswahlen, in Paris erwartet werden, so ist das ein Zeichen der Zeit, von dem man gerne glauben möchte, daß es nichts mit einem Wahlmanöver zu tun hat...

Jean de Saint-Chamant

INNENPOLITISCHE CHRONIK

Finanzpolitische Auslegeordnung

Nach wir vor steht die eidgenössische Politik im Zeichen der Finanzklemme. In den Monaten Oktober und November jagten sich die Sitzungen der Expertenkommissionen und politischen Gremien, die das finanzpolitische «Sofortprogramm» des Bundesrates vorbereiten halfen. In einem abgekürzten, lediglich mündlichen Vernehmlassungsverfahren fand es bei den Vertretern der Kantone im großen ganzen Zustimmung. Einzelne Vorbehalte galten vor allem dem Plan, eine elastische Verfassungsbestimmung zu schaffen, die es künftig möglich machen würde, zusätzliche Einnahmen im vereinfachten Verfahren der Gesetzgebung mit fakultativem Referendum statt wie bisher auf dem Weg der Verfassungsänderung zu erschließen. Auch die Wirtschaftsverbände zeigten sich einer solchen Lösung

gegenüber eher mißtrauisch und äußerten zudem in bezug auf die Ausgestaltung der direkten und indirekten Steuern Bedenken.

Die am 10. November veröffentlichte und nunmehr vor dem Parlament liegende endgültige Fassung des bundesrätlichen Sofortprogramms trägt dieser Kritik insofern Rechnung, als es die «Elastizitätsklausel» aus referendumpolitischen Gründen nicht mehr enthält, obwohl der Bundesrat von deren Richtigkeit überzeugt ist und sie im Rahmen der Schaffung einer langfristigen Finanzordnung erneut zur Diskussion stellen will. Das Programm hat im übrigen seinen Schwerpunkt bei der Aufhebung der zehnprozentigen Rabatte bei Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer, bei der Rückbildung der Freiliste der Warenumsatzsteuer und bei der teilweisen Herbeiführung der steuerlichen Gleichbehandlung der bisher sehr kompliziert erfaßten Arbeiten an

Bauwerken und Grundstücken mit den gewerblichen Arbeiten an Fahrnis.

Ein Kapitel für sich bildet die vom Bundesrat befürwortete Möglichkeit, die Couponabgabe gemäß der hängigen sozialdemokratischen Motion Eggenberger auf Grund eines Abänderungsgesetzes weiterhin zu erheben, obwohl sie mit dem auf den 1. Januar 1967 vorgesehenen Inkrafttreten des neuen Verrechnungssteuergesetzes hinfällig würde. Hier stellen sich grundsätzliche verfassungsrechtliche Probleme, die noch einiges zu diskutieren geben werden.

Die Mehrerträge aus der erhöhten Warenumsatz- und Wehrsteuer werden für 1967 auf 70, für 1968 auf 389, für 1969 auf 357 und für 1970 auf 441 Millionen Franken netto veranschlagt. Es darf erwartet werden, daß dieses Programm in seinen Grundzügen vom Parlament gebilligt werden wird.

Theorie und Praxis

Weniger günstig scheinen die Aussichten zu sein, den andern Teil des Sanierungsprogramms, die teilweise recht rigorose Kürzung der Bundessubventionen, gemäß den vom Bundesrat unverändert übernommenen Anträgen der Kommission Stocker zum verbindlichen Beschluß zu erheben. Der durchschnittliche Abstrich von zehn Prozent der gesamten Subventionssumme oder rund 140 Millionen Franken nimmt sich zwar auf den ersten Blick nicht so überwältigend schwer aus, besonders wenn man demgegenüber bedenkt, daß die Bundesdefizite sich anfangs der siebziger Jahre der Zwei-Milliarden-Grenze nähern werden, falls Parlament und Regierung nicht energisch zum Rechten sehen. Die Zahl der Betroffenen ist aber außerordentlich groß; bei der Empfindlichkeit der Eidgenossen in Fragen des eigenen Geldsäckels war deshalb zum vorneherein eine recht breite und vor allem lautstarke Fronde gegen diese finanzpolitische Roßkur zu erwarten.

Zum Teil dokumentiert sich dieser Abwehrreflex in recht grotesken Formen. Der Fall jener Tessiner Kompagnie zum Beispiel, die aus Sparsamkeitsgründen per

Bahn und zu Fuß statt im Camion — und erst noch im Regen! — auf den Schießplatz geführt wurde und diese vermeintliche Zumutung mit einem Hungerstreik beantwortete, zeigt, daß alles seine zwei Seiten hat. Man ist im allgemeinen sehr fürs Sparen, im speziellen aber möchte man nicht selbst davon betroffen werden.

Ein Problem der Strukturpolitik

Es wäre indessen verfehlt, wollte man mit einem solchen Hinweis auf menschlich-allzumenschliche Widersprüche die Kritiken, die gegenüber dem Bericht Stocker laut geworden sind, einfach unter den Tisch wischen. Sieht man sich die Stellungnahmen betroffener Interessenorganisationen wie etwa jene der Privatbahnen genauer an, so wird deutlich, daß die rigorose Beschneidung der Bundeszuwendungen grundsätzliche Probleme aufwirft. Unser föderalistisches System hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten so entwickelt, daß zwar die Entscheidungsfreiheit von Kantonen und Gemeinden weitgehend gewahrt blieb, daß aber der Bund mit seinen Subventionen doch in weiten Bereichen die entscheidenden Anreize und Initialzündungen vermittelte. Damit ist eine bestimmte Form von Strukturpolitik entstanden, die aufs engste mit dem Subventionswesen verbunden ist.

Das aber bedeutet, daß durch die lineare Kürzung der Subventionen diese Strukturpolitik da und dort nicht nur empfindlich eingeschränkt, sondern auf sozusagen kaltem Wege auf einen völlig neuen Boden gestellt wird. Diese Gefahr mag zwar überall dort nicht allzu groß sein, wo starke und gut organisierte Interessengruppen mit politischem Gewicht betroffen sind. Sie werden sich bestimmt noch Gehör verschaffen. Schwieriger wird es im kulturellen Bereich, wo manches wirklich auf Gedeih und Verderben von den Subventionen abhängt und wo die Verteidigungsstellung politisch meist schwach ist. Fragen aber wie jene der Weiterexistenz der Schweizerischen Filmwochenschau dürfen doch wohl nicht nur unter subventionspolitischem Aspekt beur-

teilt werden. Und wenn die Kommission Stocker auf andern kulturellen Gebieten, wie etwa jenem der Dialektwörterbücher, empfiehlt, daß der Bund als Geldgeber künftig durch die Kantone abgelöst werden sollte, so weiß jeder Kenner unserer Verhältnisse, daß dies wesentlich einfacher gesagt als getan ist: Bisher war es nämlich so, daß die Kantone meist erst zu zahlen pflegten, wenn der Bund mit dem vermeintlich guten Beispiel voranging, und es ist fraglich, ob sie ausgerechnet in einer Zeit der defizitären Haushalte auf bloßes gutes Zureden hin bereit sein werden, ein Mehreres zu tun.

Damit soll die große Sparanstrengung als solche nicht in Frage gestellt werden. Sie ist ohne Zweifel dringend nötig. Man darf sich aber nicht einbilden, mit den Subventionsabstrichen das finanzpolitische Ei des Kolumbus gefunden zu haben. Sicherlich ist unser Subventionssystem wie der Föderalismus überhaupt revisionsbedürftig. Eine wirkliche Reform wird aber auf breiterer Basis und nicht allein unter finanziellen Gesichtspunkten erfolgen müssen.

Falsche Töne

Das Streichungsprogramm des Bundes, das vermutlich vom Parlament im Sinne einer zeitlichen Staffelung modifiziert werden wird, weil sonst viele betroffene Organisationen fast über Nacht vor eine völlig veränderte finanzielle Situation gestellt würden, wird im übrigen nach Ansicht weitester Kreise mittels einer strengen sparpolitischen Durchleuchtung der anderen Bereiche des Bundeshaushalts — von dem die Subventionen nur einen Viertel ausmachen — ergänzt werden müssen. Eine erweiterte «Kommission Stocker» soll gemäß den Dispositionen des Bundesrates diese Aufgabe möglichst bald in Angriff nehmen. Prof. Stocker selbst hegt allerdings noch Bedenken. Zunächst einmal möchte er zuvor Gewißheit haben, daß seine erste Expertise nicht zu stark verwässert und er damit zu sehr desavouiert wird. Außerdem hat er offenbar in den letzten Wochen das gleiche erleben müssen wie Bundesrat Schaffner und

andere zuvor: Er ist als Haupturheber des Streichungsprogramms von Vertretern handfester Interessen gewissermaßen vogelfrei erklärt und schwersten persönlichen Verunglimpfungen ausgesetzt worden. Dieser «Brauch» scheint sich bei umstrittenen wirtschaftlichen Maßnahmen immer mehr einzubürgern. Das ist nicht nur ein staatsbürgerliches Armutszeugnis für diese Art Kritiker, sondern darüber hinaus eine Unterhöhlung der Leistungsfähigkeit unseres Staates. Denn angesichts dieser Verrohung der politischen Sitten ist es begreiflich, daß es immer schwerer hält, für unsere höchsten öffentlichen Ämter und Aufgaben auch wirklich die besten Leute zu gewinnen. Es ist nicht jedermanns Sache, sich unflätigen Nachstellungen auszusetzen, nur weil man es gewagt hat, den Blick aufs Ganze zu richten und entsprechend mutige Entscheide zu treffen oder vorbereiten zu helfen. Es wäre an der Zeit, auch auf diesem Gebiet ein «Sofortprogramm» der Sanierung einzuleiten.

Weiche Welle

Obwohl unser Volk sich immer wieder als verhältnismäßig immun gegenüber totalitären Propagandatricks erwiesen hat, lassen sich auch in unserer Öffentlichkeit die Temperaturkurven der Ost-Westbeziehungen deutlich verfolgen. Gegenwärtig «taut» es wieder einmal. Die Schwerpunkte des Konflikts mit den Kommunisten haben sich nach Asien und vor allem nach dem Fernen Osten verlagert. Die Rolle des revolutionären Poltergeistes ist von den Chinesen usurpiert worden. Die Sowjetrussen erscheinen damit auf dem Hintergrund der chinesischen Superrevolutionäre plötzlich als relativ zivile Partner, und sie verfehlen nicht, die Chance, auch im Westen politisch gesellschaftsfähiger zu werden, nach Kräften auszunützen.

Die Folge davon ist eine auch hierzulande feststellbare steigende Tendenz, das totalitäre kommunistische System zu verniedlichen und leichtfertig Liberalisierungen grundlegender Art in die osteuropäische

Wirklichkeit hineinzudeuteln, die sich bei genauerem Zusehen lediglich als die üblichen Lockerungen auf Abruf entpuppen. Aus dieser verfälschten Optik heraus kommt es dann zu jenen Symptomen eines illusionären «Anti-Antikommunismus», der die revolutionären Drohungen der Kommunisten als bloße rhetorische Stilübungen und die weltpolitischen Spannungen als Leistung der «Kalten Krieger» des Westens betrachtet wissen will.

Die Realität sieht indessen nach wie vor anders aus. Aus Afrika und Asien kommen immer wieder Berichte, die zeigen, daß die kommunistischen Agitatoren wie eh und je mit voller Energie und konzentrierter Systematik am Werke sind. Aber auch in unserem Lande verfügen die Kommunisten über einen respektablen Ausweis unermüdlicher Tätigkeit. Die alle zwei Monate erscheinenden Informationsblätter der «Nationalen Dokumentationsstelle» in Bern geben darüber laufend Aufschluß. Vor allem im Welschland ist der Vormarsch nicht zu übersehen; davon zeugen nicht nur erhöhte Sitzzahlen in den Parlamenten, sondern auch die Zunahme der Abonnenten des kommunistischen Organs «Voix Ouvrière», von denen allein 1966 nicht weniger als 301 neu angeworben werden konnten. Aber auch die Agitation unter den Fremdarbeitern ist weiterhin beträchtlich. Es sei nur auf die Beschlagnahme von 2500 Propagandaschriften im vergangenen August erinnert, die aus Frankreich, der DDR und der Tschechoslowakei hätten eingeführt werden sollen.

Testfall Zürich

Am dritten Novemberwochenende stand der Kanton Zürich im Brennpunkt des eidgenössischen Interesses. Die Bürgerschaft hatte über eine Vorlage zur Einführung des vollen Frauenstimm- und -wahlrechts zu entscheiden. Nicht zu Unrecht wurde dabei der Urnengang als Testfall für die gesamte Deutschschweiz betrachtet. Zwar ist der Bann diesseits der Saane bereits vor einem halben Jahr durch die Stadtbasler gebrochen

worden, die bei einer Stimmbeteiligung von nur 34,5 Prozent Annahme beschlossen. Doch der Entscheid dieses ausgesprochenen Stadtkantons mit seinen besonderen Verhältnissen dürfte weit weniger beispielhaft wirken als das Verhalten des wesentlich größeren Kantons Zürich, der neben seiner Hauptstadt mit ihrem Ruf der fortschrittlichen Wirtschaftsmetropole auch verschiedenartige ländliche Regionen mit politischem Eigengewicht und Eigenwillen umfaßt.

Dieses «Hinterland» war es auch, das mit seinem Stimmberechtigtenanteil von 55 Prozent wesentlich dazu beitrug, daß es am 20. November nochmals zu einem negativen Resultat kam. Die Stadt nämlich, die bei der eidgenössischen Frauenstimmrechtsvorlage vom Februar 1959 noch einen wesentlichen Überschuss an Neinstimmen aufgewiesen hatte, stimmte diesmal mit 46000 zu 37000 zu. Das Gesamtergebnis vermochte sie damit allerdings nicht ins Positive zu wenden. Den rund 93000 Befürwortern standen immer noch rund 107000 Gegner gegenüber, was ein prozentuales Verhältnis von 53,6 zu 46,4 ergibt.

Damit ist ein negatives Gesamtergebnis zustande gekommen, das jenen Pessimisten unter den Befürwortern recht gibt, die der Meinung waren, daß die irrational verankerten Widerstände noch immer zu stark seien. In der Tat ist einer fast geschlossen befürwortenden Phalanx von Parteien und Presse die Gefolgschaft ein weiteres Mal versagt worden. Die Hauptthese der Befürworter, es sei ein Akt der politischen Gerechtigkeit zu vollziehen, vermochte nicht entscheidend durchzudringen. Noch einmal prallte sie am offensichtlich weitverbreiteten Gefühl ab, das volle politische Mitspracherecht sei für eine Mehrheit der Frauen selbst nach wie vor gar kein so dringendes Anliegen. Mehr noch als die gegnerische Propaganda wirkte sich hier die immer wieder und in verschiedensten Volksschichten zu beobachtende indifferente Haltung vieler Frauen aus, die deutlich spürbar auf den jeweiligen Bekanntenkreis ausstrahlte. Dazu kamen natürlich die traditionellen Vorbehalte gegen einen politischen Stilwandel in unserem Männerstaat. All dies schien letzten Endes

auch auf die Befürworter nicht ohne Auswirkung zu bleiben, denen es zwar nicht an logischen Argumenten, wohl aber hin und wieder am durchschlagenden kämpferischen Brio zu fehlen schien.

Für die Befürworter, und vor allem für die Frauen unter ihnen, mag die Enttäuschung groß sein. Andererseits weist das Zürcher Ergebnis doch auf eine starke Tendenz zugunsten der Frauenstimmrechtsbewegung hin, haben doch gegenüber 1959 fast 10 Prozent der Stimmenden die Front gewechselt; 1959 hatte der Anteil der Neinstimmen immerhin noch 63 Prozent — ge-

genüber 53,6 bei der diesjährigen Abstimmung — betragen.

Kurz vor dem Urnengang gab im übrigen die BGB-Partei, die als einzige politische Gruppe die Nein-Parole vertrat, die versöhnende Erklärung ab, auch die Gegner seien sich der großen Leistungen unserer Frauen durchaus bewußt und würden es sich zur Pflicht machen, auch in Zukunft eine Politik *für* und nicht *gegen* die Frauen zu verfolgen. Es ist an den einmal mehr enttäuschten Befürworterinnen, die Gegner künftig auf diesem ritterlichen Wort zu behaften.

Spectator

PSYCHIATRIE HEUTE

40. Ferienkurs der Stiftung Lucerna

Zu den wichtigsten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts gehört die Tiefenpsychologie, die wissenschaftliche Erforschung des Unbewußten. Sie stellt der «Wendung nach außen», welche den abendländischen Menschen seit der Renaissance mehr und mehr ins Materielle verstrickt, die unerläßliche «Wendung nach innen» entgegen, schafft — richtig verstanden — einen heilsamen Ausgleich zum einseitigen Verstandeskult der Neuzeit und hilft dem einzelnen, eine umfassendere Selbsterkenntnis zu gewinnen.

In ihren Ferienkursen griff die Stiftung Lucerna immer wieder Probleme der Tiefenpsychologie auf. Das hängt damit zusammen, daß sie — nach dem Willen des Stifters Emil Sidler-Brunner — «die Weckung und Klärung des Bewußtseins von der Bestimmung des Menschen und von den seelischen Grundlagen dieser Bestimmung durch philosophische und psychologische Bildungsarbeit» anstrebt. Von den ersten sieben Kursen befaßten sich sechs mit Psychologie; die Veranstaltungen hießen bis zum Jahr 1945 «Kurse für Psychologie» (vgl. die gehaltvolle Schrift Dr. M. Simmens «Im Dienste des Geistes», Luzern 1966). So lag es nahe, den 40. Kurs neuerdings einem psychologi-

schen Thema zu widmen. Es entspricht dem Titel «Psychiatrie heute», daß ausschließlich Männer der Praxis zum Wort kamen. Das hatte einen unverkennbaren Vorzug: die Vorträge zeichneten sich durch wohlthuende Sachlichkeit und Sachhaltigkeit aus. Immerhin mochte man zuweilen wünschen, daß das philosophische Anliegen des Stifters noch vermehrt berücksichtigt worden wäre. Mitunter blieb es beim bloßen Aufweis von Sachverhalten, ohne daß das Grundsätzliche in den Blick kam. Vielleicht spielte dabei mit, daß die Referenten durchwegs der jüngeren Generation angehörten, welche den großzügigen Systemen der Vorfahren mit nüchterner Zurückhaltung begegnet. Nicht von ungefähr lautete das Kursthema: Psychiatrie *heute*. Noch etwas anderes scheint die jüngeren Psychiater zu kennzeichnen: sie lassen sich, wie der jetzige Präsident der Stiftung, Dr. H. Maeder-Sidler, in seinem Schlußwort betonte, nicht göttergleich zu den Patienten herab, sondern treten ihnen als Mitmenschen entgegen.

Eine solche sympathische Mitmenschlichkeit sprach aus den Vorträgen Dr. A. Uchtenbagens, der als Oberarzt am Burgölzli tätig ist. In besonnener Rede legte

er dar, wie sich die *Lehre von den Geisteskrankheiten* entwickelte, und ging besonders auf die Schizophrenie, ihre verständlichen und ihre unbegreiflichen Aspekte ein. In der zweiten Vorlesung erörterte er *Aktuelle Probleme der psychiatrischen Spitalbehandlung*. Während die Irrenanstalten früher ihre Aufgaben in der Isolierung, Bewahrung und Pflege der Kranken erblickten und vor allem das Problem der Erregung bewältigen mußten, trachten die modernen Spitäler nach Abschirmung, Behandlung und Wiedereingliederung; dank den Psychopharmaka (s. u.) ist die Erregung kein Problem mehr. Man humanisiert das Leben der Patienten, fördert die Arbeitstherapie, bildet Diskussionsgruppen, veranstaltet Ausflüge, Tanzanlässe und Filmvorführungen. Einige Abteilungen des Burghölzli werden demokratisch verwaltet. Die Patienten üben verschiedene Funktionen selber aus, stimmen ab und wählen Präsidenten. Heute stellen die Anstaltsmauern weniger eine Sicherung gegen das Entweichen als einen Schutz gegen indiskrete Blicke von außen dar. In der dritten Vorlesung befaßte sich Uchtenhagen mit einigen *Aufgaben der Psychiatrie in unserer Gesellschaft*.

Der Luzerner Psychotherapeut Dr. W. Furrer behandelte das ebenso schwierige wie ergiebige Thema *Psychotherapie und Seelsorge*. Er wurde wohl am meisten der philosophischen Zielsetzung der Kurse gerecht. Nie begnügte er sich mit der Schilderung von Sachverhalten, sondern stieg je und je zum Wesentlichen empor, ohne sich in lebensferne Abstraktheit zu verlieren. — Einleitend wies er darauf hin, daß sich Psychotherapie und Seelsorge zunächst mißtrauten. Das rührte unter anderem daher, daß Freud von vorneherein eine antireligiöse Haltung einnahm und rundweg behauptete, Religion sei eine kollektive Neurose. In den Anfängen wurde die Psychoanalyse geradezu als Ersatz für die Religion angepriesen. Noch lange galten die beiden Disziplinen als unüberbrückbare Gegensätze. Die Psychoanalyse bemüht sich um ein Wissen, die Religion um den Glauben, der alles Wissen übersteigt. Hier Naturwissenschaft, dort Offenbarung! Der Psychotherapeut strebt nach Heilung der Seele,

der Theologe nach ihrem Heil. Letztlich geht es zwar hier wie dort um die Liebe; sie erscheint dem Theologen jedoch als göttliche Offenbarung, während der Psychotherapeut sie empirisch betrachtet. — Ursprünglich waren die beiden Disziplinen in der Person des Priester-Arztes vereint. «Psychotherapie» heißt übrigens nichts anderes als «Seelsorge»! Erst später kam es zur Aufspaltung in zwei Fachgebiete. Diese sind und bleiben aber aufeinander angewiesen. — Im zweiten Vortrag versuchte Furrer die vielschichtige Struktur des *Gewissens* zu erhellen. Faßt der Theologe vor allem den höchsten (personalen) Bereich des Gewissens ins Auge, so sieht der Psychoanalytiker auch die triebhaften Vorformen des Gewissens, die während des ganzen Lebens weiterbestehen und auf unser Handeln einwirken. Es geschieht immer wieder, daß im Namen des Gewissens Grausamkeiten verübt werden. — Man kann zwei Formen des Gewissens unterscheiden: 1. Das autoritäre oder heteronome Gewissen (Freuds «Über-Ich»); es übernimmt die Gebote und Verbote von außen her, zum Beispiel von Eltern und Lehrern. Sein Ziel ist die Anpassung an die Ordnung der Gesellschaft. 2. Das autonome Gewissen; es ist einer eigenen, inneren Ordnung verpflichtet und erstrebt die Selbstverwirklichung der Person, welche Einsicht in eine objektiv gültige Wertwelt gewinnen und die Verantwortung für ihr Tun selber übernehmen soll. — In seiner dritten Vorlesung behandelte Furrer zwei Ausprägungen der Liebe: *Eros* und *Agape*. Während sich Eros einem andern Wesen annähert, um es sich zu eigen zu machen, sucht Agape den andern um des andern willen; sie ehrt dessen Freiheit, liebt ihn «gratis» (K. Barth). Eros ist überall am Werk (darin stimmen Barth und Freud überein); Agape kann man zunächst bei niemandem voraussetzen, sie ist ein Ideal. — Wer Eros als solchen verurteilt, untergräbt die Entwicklungsgrundlage der Liebe und gefährdet die Entfaltung der Agape. Man kann den Menschen überfordern, wenn man von ihm unvermittelt Agape verlangt. Diese Überforderung begünstigt Selbsttäuschung und Frömmerei und stört die Verbindung mit dem Du. Die morali-

sierende Bekämpfung des Eros führt zur Verdrängung und in der Folge zu einer sekundären Erotisierung des Menschen und der Gesellschaft. — Demgegenüber nahm Freud den Eros wirklich ernst und begegnete ihm mit größtmöglicher Wahrhaftigkeit. Er propagierte nicht das Ausleben, sondern das Annehmen des Triebes. Der Mensch muß sich zunächst sehen, wie er ist. Dann erst kann er werden, was er soll. Das Ziel der Psychotherapie ist die Selbstverwirklichung, das der Theologie die Selbstaufgabe. Beide ergänzen sich im Leben großer Heiliger wie Ein- und Ausatmen.

Über die *Psychopharmaka*, von denen schon Uchtenhagen gesprochen hatte, orientierte klar und übersichtlich der leitende Arzt der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich, PD Dr. H. Kind. Es handelt sich um chemische Stoffe, welche psychische Vorgänge beeinflussen und in der Psychiatrie verwendet werden. Sie gehören in die Hand des Arztes. Es ist ein Unfug, bei jeder Aufregung Beruhigungsmittel zu verlangen und von Tabletten das Heil zu erwarten. Gerade heute, da das Ertragen von Leiden nicht eben populär ist, muß man betonen, daß die Psychopharmaka nur bei eigentlichen Krankheiten eingesetzt werden sollen und nicht dazu dienen dürfen, dem Menschen die Auseinandersetzung mit alltäglichen Schwierigkeiten zu ersparen.

Dr. H. Städeli, der Leiter des kinderpsychiatrischen Dienstes in der Ostschweiz, sprach über die *Kinderpsychiatrie*. Seine reichhaltigen Ausführungen bezogen sich größtenteils auf praktische Fälle und nahmen durch ihre Lebensnähe für sich ein. In den vergangenen Jahren hat die Kinderpsychiatrie große Fortschritte gemacht, aber noch nicht die Stellung erlangt, die ihr eigentlich zukommt. — Während man im 19. Jahrhundert seelisch kranke Kinder übermäßig streng behandelte, ihre Fehler unnachsichtig niederkämpfte und behauptete, die «rohe Natur des Kindes» müsse gedämpft werden, er-

möglichte die psychoanalytische Schule eine verständnisvollere Therapie. — Indessen droht heute eine andere Gefahr. Wenn man im 19. Jahrhundert die Schuld einseitig bei den Kindern suchte, glauben einige Forscher der Gegenwart sie einseitig bei den Eltern sehen zu müssen. Verbot man den Kindern damals zuviel, so verbietet man ihnen heute zuwenig. Ein Autor erklärt geradezu: «Das Kind *muß* daumenlutschen.» Es wäre an der Zeit, statt vom «unverstandenen Kind» von der «unverstandenen Mutter» zu sprechen!

Die Ausführungen Dr. iur. A. Hunzikers über den *Sozialmedizinischen Dienst*, die vor allem in der ersten Stunde von einer lexikonhaften Gedrängtheit und Abstraktheit waren, erschlossen sich wohl eher dem Leser als dem Hörer. Der Referent stellte dem Fürsorgemodell der statischen Gesellschaft, wie es früher üblich war, das Modell der Sozialarbeit in unserer dynamischen Gesellschaft gegenüber. Die soziale Problematik besteht heute weniger in der materiellen Not als in den gestörten mitmenschlichen Beziehungen. — In der zweiten Stunde behandelte Hunziker die Organisation des Sozialmedizinischen Dienstes im Kanton Luzern.

Über das Thema *Der Psychiater als gerichtlicher Experte* sprach in fließender, zwangloser Rede PD Dr. K. Ernst, Chefarzt des Sanatoriums Hohenegg. Mit der Expertise wird dem Arzt eine atypische Aufgabe überbürdet. Er muß nicht bloß an den Patienten, sondern auch an die Gesellschaft denken.

Als besonders fruchtbar erwiesen sich einmal mehr die *Diskussionen*, welche Dr. H. Maeder umsichtig und verständnisvoll leitete. Allerdings wurden sie, da am Kurs etwa 180 Personen teilnahmen, eher zu Fragestunden als zu wirklichen Gesprächen. Die Referenten gingen jedoch bereitwillig und zum Teil mit ungewöhnlicher Offenheit auf die Fragen und Wünsche der Zuhörer ein.

André Gilg